

4/1977 gegen diese einseitige diskriminierende Betrachtungsweise und weist darauf hin, daß es den Gläubigen nicht gleichgültig sein könne, wenn in einem Handbuch des Bundes der Kommunisten eine Vielzahl von Funktionären mit diesen falschen Vorstellungen über die Kirche geschult würden. Solche falschen Behauptungen werden aber nicht nur über das Wesen der Kirche, sondern immer noch über Priester und Nonnen erhoben, denen auch heute noch wider besseres Wissen bestimmte Verbrechen zur Last gelegt werden, wogegen sich der Erzbischof von Agram, Franjo Kuharić, mehrfach wandte. Besonders deutlich tat er dies auch heuer bei dem alljährlichen Gedenkgottesdienst für seinen 1960 verstorbenen amtsbehinderten Vorgänger Kardinal Stepinac, der offiziell in Jugoslawien immer noch als „Kollaborateur“ (mit den Nazis) gilt, dessen Rehabilitierung aber nun Kuharić mit Entschiedenheit fordert. Wenn dies nicht geschehe und man nicht einmal die bei Stepinac' Verurteilung 1946 vorgebrachten Fakten der Verteidigung heute veröffentlichen könne, dann seien all „die Unterschriften unter alle feierlichen Deklarationen über die Menschenrechte nur eine Maske, mit der man die Wahrheit zu tarnen versucht“. Soweit Glas koncila.

Dabei konnte der Bund der Kommunisten seit dem Tode von Kardinal Stepinac der Kirche kaum mehr den Vorwurf der Gegnerschaft machen, da nicht nur Theologen wie *Tomislav Šagi-Bunic* betonten, man müsse die Wirklichkeit so nehmen, wie sie sei, sondern auch der Bischof von Split *Franjo Franić* sich um eine *positive Sicht des Sozialismus* mühte und bereits auf dem Konzil davon ausging, daß geschichtliche und nicht ideologische Ursachen dem Wort Sozialismus keinen Platz im christlichen Gedankengut einräumten. Franić bot sogar Zusammenarbeit an, als er in einem Interview erklärte, er sähe bei aller Zurückhaltung in einigen Standpunkten keinen Grund, „warum wir einander nicht helfen sollten, unsere positive Rolle besser zu realisieren. Das sollte um so mehr in Erscheinung treten, als wir wissen, daß die Kirche und die zivile Macht ihre Sorge für den gleichen Menschen tragen, der sowohl der Kirche wie unserer selbstverwaltenden Gesellschaft angehört.“ Seine Hoffnungen auf konkrete Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes haben sich leider nicht bewahrheitet. Statt dessen geht der Weg der Kirche wieder zurück ins Getto, bleiben die Gläubigen Bürger zweiter Klasse und genießt der Atheismus die Privilegien einer Staatsreligion.

Rudolf Grulich

Lehrgeld für eine christliche Sozialpastoral

Zur Situation der Kirche in El Salvador

Seit der spektakulären Drohung einer rechtsradikalen Terroristenorganisation in El Salvador, alle im Lande tätigen 47 Jesuiten zu ermorden, wenn sie das Land nicht verlassen, hat der Zustand der Bedrohung der Kirche in diesem mittelamerikanischen Kleinstaat auch in der europäischen Presse ein beträchtliches Echo gefunden. Der Konflikt, der Züge einer regelrechten Kirchenverfolgung zeigt, reicht indessen sehr viel weiter zurück und betrifft nicht nur die Hetze rechtsradikaler Terroristenorganisationen gegen eine in sozialer Reformarbeit engagierte Kirche. Einen Großteil der Verantwortung trifft die Regierung des Landes selbst.

Das ganz überwiegend katholische Vier-Millionen-Volk des mittelamerikanischen Staates El Salvador erlebt seit Anfang des Jahres 1977 eine *Phase verstärkten Kirchenkampfes*, der von staatlicher Seite mit den Mitteln einer regelrechten Kirchenverfolgung geführt wird. Wie seit Ende der sechziger Jahre vielerorts auf dem lateinamerikanischen Kontinent stellt sich der Konflikt zwischen kirchlicher und weltlicher Macht als von einer, nämlich der kirchlichen, Seite grundsätzlich geführte Auseinandersetzung um mehr soziale Gerechtigkeit im Land dar. Diesen augenfälligen Ursprung der Kirchenverfolgung definierte die katholische Bischofskonferenz von El Salvador in einer der kompromißlosesten Erklärungen, die je von einem lateinamerikanischen Episkopat verfaßt und veröf-

fentlicht wurden, wie folgt: „Immer wenn in Lateinamerika Christen und ihre Kirche dem prophetischen Auftrag treu sind, die Sünde anzuklagen, immer wenn sie am Aufbau einer gerechten Gesellschaft arbeiten, die den Landarbeitern, Indios oder Slumbewohnern endlich gerecht wird, immer dann erleben wir eine ganz ähnliche Reaktion: die Macht kehrt sich gegen uns, und es gibt Tote, Verscholene, Ausgewiesene und Bedrohte“ (DOCLA Nr. 34, Mai/Juni 1977, S. 12).

Die Bilanz aus der im Umfeld der *Parlamentswahlen* (20. Februar 1977) verschärft auftretenden Auseinandersetzungen zwischen Bischöfen, Priestern, Laien einerseits und Regierung, Militär, Polizei, paramilitärischen Gruppen andererseits: 2 ermordete Priester, mindestens 15 ausgewiesene oder an der Grenze zurückgewiesene Geistliche; 15 vakante Pfarreien; der Weihbischof von San Salvador sowie eine wechselnde Anzahl von Priestern halten sich zeitweise versteckt; andere ebenfalls mit Morddrohungen bedachte Priester verlassen das Land; die 47 in El Salvador tätigen Jesuiten werden sogar von Regierungstruppen beschützt, nachdem die paramilitärische „*Unión guerrera blanca*“ (Union der weißen Krieger) ihnen die Vernichtung androhte, wenn sie nicht bis zum 21. Juli das Land verließen; nicht näher zu bestimmen ist die Zahl der verschwundenen Personen; Angaben von kirchlicher Seite über die *bei Zwischenfällen getöteten*

Campeños und Laienhelfer schwanken zwischen mindestens 50 bis 400.

Daß die Regierung in einem solchen Ausmaß antikirchliche Maßnahmen trifft, Terror und Verfolgung von aktiven Katholiken und eine breitangelegte Verleumdungskampagne zuläßt, wenn nicht initiiert, macht deutlich, daß sie Teile der Kirche als *politisch gefährliche Opposition* einordnet, die – da nicht politisch organisiert – die unbeschränkte Militärherrschaft auszuhöhlen droht.

Wachsende Abhängigkeit von der Oligarchie

Der neue Präsident *Humberto Carlos Romero* wiederholte bei seinem von der Kirche völlig ignorierten Amtsantritt am 1. Juli die Ankündigung, er werde eine starke antikomunistische Regierung anführen, eine Zusicherung, die von der reichen Oberschicht des Landes zu Recht als Bestätigung ihrer bisherigen politischen Einflußnahme und als Versprechen, für Ruhe und Ordnung im Land zu sorgen, verstanden wurde. Damit dürfte der innenpolitische Kurs El Salvadors für die nächsten Jahre feststehen. Der Rechtsruck zeichnete sich bereits im Juli vergangenen Jahres unter der Regierung von Oberst *Arturo Armando Molina* ab, als diese mit dem „Gesetz zur Agrartransformation“ eine vorsichtige Landreform durchsetzen wollte, die unter anderem die Enteignung der größten Ländereien vorsah. Mit einer millionenschweren Kampagne, an der sich neben den betroffenen Zuckerrohr- und Baumwollplantagen-Besitzern die gesamte Führungsschicht, also auch Industrielle, Bankiers und der Handel beteiligten, wurden Regierung und Parlament zur Revision des Gesetzes gezwungen, dessen Neufassung den Namen Reformgesetz nicht mehr verdiente.

Aus den Wahlen vom 20. Februar ging Romero als vierter siegreicher Kandidat der *Nationalen Versöhnungspartei* (PCN) seit ihrer Gründung durch das Militär nach einem Staatsstreich im Jahre 1962 hervor. Bei den Wahlen im Februar 1972 war wegen des knappen Sieges (10000 Stimmen) der PCN der Vorwurf des Wahlbetruges laut geworden, ein von *Christdemokraten* geführter Putsch im März schlug fehl. Erinnerungen an das Jahr 1932 waren noch wach. Damals hatte die Anfechtung der Wahl zu einem Aufstand der Linken geführt; General *Maximiliano Martínez* ordnete daraufhin die Unterdrückung jeglicher Opposition an – ca. 25000 Menschen sollen dabei umgekommen sein. Als die Stimmenauszählung der Wahlen 1977 eine überwältigende Mehrheit (PCN 812281 – Oppositionspartei UNO 394661) für die Regierungspartei ergab, nachdem Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Parteien vorausgesagt hatten, wurden erneut Zweifel an der Richtigkeit des Wahlergebnisses laut.

Die Regierung hatte allerdings schon vor den Wahlen Maßnahmen getroffen, die einen Sieg der PCN garantieren sollten. So wurden die anderen Rechtsparteien von den Wahlen ausgeschlossen, die der PCN bei den Wahlen 1972 Stimmen gekostet hatten. 600000 Jungwähler wurden re-

gistriert, 150000 mehr, als nach offiziellen Statistiken von 1971 das Wahlalter erreicht haben konnten. Die Wahlurnen wurden nicht mehr in den Städten und großen Gemeinden aufgestellt, sondern in den Dörfern, was die Kontrolle der lokalen Behörden und die *Wahlbeeinflussung* erleichterte. Als äußerst wirksam erwies sich die Plazierung der Wahlbüros in der Hauptstadt San Salvador, seit Jahren eine Hochburg der Opposition. Gewählt werden konnte nur an 400 Wahlurnen im Ausstellungsgelände fünf Kilometer außerhalb der Stadt inmitten der wohlhabenden Vororte. Die Mehrzahl der schätzungsweise 175000 Wähler leben in den Arbeitervierteln am anderen Ende der Stadt.

Der Kandidat der Oppositionspartei „Unión Nacional Opositora“, *Ernesto Claramount Rozeville*, führte den Wahlkampf mit dem unattraktiven Slogan „Versöhnung von Volk und Armee“. Schon zu Beginn des Wahlkampfes war sich die von Christdemokraten geführte Partei uneins in der Frage, ob sie überhaupt an der Wahl teilnehmen sollte. Die radikale Opposition formierte sich außerhalb der Parteien im „*Bloque Revolucionario*“, deren Führer Studenten, Dozenten und *Campeños* sind. Nach dem Wahlsieg der Regierungspartei sagte die Opposition den Parteienpluralismus tot. Die Ereignisse unmittelbar nach Wahlen bestätigten bereits teilweise ihre düstere Vorausschau, in El Salvador werde es nur noch eine rechte Partei und „Extremisten“ geben.

Obwohl der Staatsrundfunk bereits einen Tag nach der Wahl den *Sieg der Regierungspartei* meldete, benötigte das „Nationale Wahlbüro“ fünf Tage bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse. Die Opposition gab an, sie könne auf Anhieb 30 Fälle von Wahlbetrug und Einschüchterung vorlegen. Die Zahl der fiktiven Wähler belaufe sich auf 400000 bei insgesamt 1,8 Millionen registrierten Wahlberechtigten. Ausländischen Journalisten wurden Mitschnitte von codierten Funksprüchen zugänglich gemacht, in denen dazu aufgerufen wurde, „mehr Zucker“ (PCN-Stimmen) „als Kaffee“ (UNO-Stimmen) „zu verbrauchen“. Als am 24. Februar 40000 Anhänger der Opposition den „Parque Libertad“ der Hauptstadt besetzten und die Annullierung der Wahl sowie die Abschaffung der Wahlaufsichtsbehörde forderte, brachen in vielen Betrieben Sympathiestreiks aus. Nach Intervention der US-Botschaft und der Kirche löste das Militär die Demonstration ohne Gewaltanwendung auf. Nachdem Oppositionsführer Claramount nach Costa Rica ausgeflogen worden war und vier weitere UNO-Politiker in der Botschaft von Costa Rica Zuflucht gesucht hatten, kam es zu einer zweiten Protestkundgebung, in deren Verlauf es zu Ausschreitungen von Demonstranten und Militärs kam. Die Regierung rief den Notstand aus, setzte das Recht auf Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit auf unbestimmte Zeit außer Kraft und machte „Kommunisten und Agenten der internationalen Subversion“ für diese Maßnahme verantwortlich.

Humberto Romero, unter Präsident Molina Minister für innere Sicherheit, zeichnete für das blutige Vorgehen von Polizei und Militär gegen eine friedliche Studentende-

monstration am 30. Juli 1975 verantwortlich. 20000 Studenten hatten in der Hauptstadt gegen die militärische Besetzung des West-Campus der Universität von Santa Ana protestiert. Die Sicherheitskräfte schossen mit Maschinengewehren in die Menge und ließen eine Leiche als Mahnung am Ort des Geschehens. In dieser Zeit ordnete Romero außerdem persönlich zahlreiche *Einschüchterungskampagnen* gegen landlose Campesinos an und bekämpfte im Sinne der Großgrundbesitzer die „kleine Landreform“ Präsident Molinas. Die Regierung erwehrte sich künftiger Studentendemonstrationen, indem sie die nationale Universität in San Salvador mit kurzen Unterbrechungen von 1975 bis 1977 schloß.

Ohne Landreform keine soziale Gerechtigkeit

Das nach Haiti am dichtesten bevölkerte Land Lateinamerikas (1971: 186 Einwohner pro qkm) ist in den letzten Jahren zum höchst industrialisierten Land Mittelamerikas geworden. Die durch die Überbevölkerung mitbedingte soziale Unterentwicklung konnte jedoch damit nicht aufgefangen werden. *Feudale Agrarstrukturen* verhinderten bis heute die Bildung eines Bauernstandes; statt dessen stieg die Zahl der arbeitslosen Landarbeiter im letzten Jahr auf 65 Prozent. Nach dem Scheitern der Bodenreform im vergangenen Jahr bemühten sich Campesinos auf Anraten der illegalen Selbsthilfe-Landarbeitervereinigungen FEC-CAS (Föderation Christlicher Bauern) und UCT (Union der Landarbeiter) um Pachtlizenzen für brachliegendes Land. Als ihnen diese ausnahmslos verweigert wurden, kam es zu Landbesetzungen. Die Campesinos wurden von der Guardia Nacional und der privaten Plantagenpolizei „Policía de Hacienda“ vertrieben.

Das Ausbleiben der seit Jahren von den Christdemokraten geforderten *Bodenreform* belegt die wachsende Abhängigkeit des Regimes von der Oligarchie des kleinen Staates. Auf dem Hintergrund zunehmender Reformfeindlichkeit und wachsender politischer Repression entwickelte die katholische Kirche El Salvadors, vom Zweiten Vatikanum und der lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Medellín 1968 inspiriert, eine verstärkte soziale Aktivität. Das stark differierende soziale Bewußtsein im politischen und kirchlichen Raum ist als die eigentliche Ursache des Staat-Kirche-Konfliktes zu sehen. Im August 1971 veröffentlichte die Studentenzeitung der Universität von San Salvador einen Hirtenbrief des Bischofs von San Vicente, *Arnoldo Aparicio*, der wegen seines regierungsfeindlichen Inhalts von der Presse ignoriert worden war. Darin verurteilte der Bischof die „Betrügereien, Spötteleien, Gesetzesübertretungen, Entführungen, illegalen Inhaftierungen und sogar Morde, mit denen die Mächtigen den Mut des Volkes brechen wollen, das allmählich der Ungerechtigkeiten müde wird“ (zit. nach: NC News Service, 4. 8. 71). Regierung und Großgrundbesitzer mahnte Bischof Aparicio: „Das Volk ist zu sozialem Bewußtsein erwacht und wird nicht mehr länger leere Phrasen schlucken wollen.“

Im Januar 1976 erarbeiteten nach zweijährigen Vorbereitungen 300 Priester, Ordensleute und Laien im Rahmen einer Studienwoche unter Vorsitz des Erzbischofs von San Salvador, *Luis Chávez y González*, einen Pastoralplan für die Campesinos und das städtische Proletariat aus. Er enthielt seelsorgliche Methoden zur Vertiefung der Volksreligiosität, aber auch die Aufforderung zum verstärkten Einsatz der Kirche für die Menschenrechte: „Die große Mehrheit der Salvadoreños lebt unter ärmlichen Bedingungen, und zwar in sozialer, wirtschaftlicher, politischer, kultureller und religiöser Hinsicht; der Grund dafür ist eine ungerechte, unzeitgemäße Gesellschaftsordnung, die man als dauernden Zustand der Sünde bezeichnen kann“ (NC News Service, 28. 1. 76). Wie zahlreiche spätere kirchliche Veröffentlichungen zitiert dieses Protokoll wiederum die Dokumente von Medellín. Der *bedrückenden Armut* des Volkes (jährliches Pro-Kopf-Einkommen 300 Dollar; in ländlichen Gegenden 200 Dollar) stünden, so heißt es in einer abschließenden Verlautbarung der Pastorkonferenz, leere Versprechungen der Regierung gegenüber: „Wir können bezeugen, daß alle Versuche der Campesinos, sich zu organisieren, systematisch unterdrückt werden.“ Der Tod von mehr als 50 Campesinos und Studenten im Jahre 1975 bewiese, daß „das Recht auf Leben durch Gewalt gegen Unschuldige durch wiederholte Übergriffe der Obrigkeit und durch reaktionäre Minderheiten, die sich jeder noch so notwendigen sozialen Reform widersetzen, verletzt wird“. Um den Landarbeitern zu ihren Rechten zu verhelfen, schlug die Konferenz die Ausbildung von Laienführern vor, die in den Gemeinden die „Concientización“, die Bewußtseinsbildung, vorantreiben sollten.

Als Anfang Dezember 1976 der Großgrundbesitzer *Eduardo Orellana* unter bis heute ungeklärten Umständen ermordet wurde, ließ die Grundbesitzerorganisation FARO verbreiten, die *Bauernvereinigungen* FECCAS und UCT seien an dem Attentat beteiligt gewesen. Diese Anschuldigung und die über Wochen andauernde Anzeigenkampagne gegen die geplante Landreform, in der „kommunistisch infiltrierte Priester“ der Subversion und Aufwiegelung bezichtigt wurden, veranlaßten Erzbischof Chávez zu einer öffentlichen Erklärung, in der er auf die Ursachen des Sozialkonfliktes einging. „Die Grundbesitzervereinigungen, die nach Recht und Ordnung rufen, sollten sich der existentiellen Unsicherheit Tausender von Landarbeiterfamilien erinnern. Wir erkennen darin eine tiefverwurzelte Situation der Ungerechtigkeit und latenter Gewalt, die zum Ausbruch sozialer Konflikte zu führen droht“ (NC News Service, 21. 12. 76). Der Ruf nach Ruhe und Ordnung für einige wenige sei ebenso „heuchlerisch wie unlogisch“. Der Erzbischof wies den Vorwurf, die Priester „vergifteten“ das Volk und säten den Klassenhaß, als Verleumdung zurück; die Kirche sei verpflichtet, die Christen zur Erfüllung der kirchlichen Soziallehre anzuhalten. An die Adresse der FARO-Vereinigung und der ca. 165 000 Mitglieder starken Grundbesitzerunion ANEP richtete Erzbischof Chávez die Mahnung: „Eines ist klar: Die Gewalt hat ihre Wurzeln in der Ungerechtigkeit.“

„Die Unterdrückung hat zugenommen“

Zur Zeit des Wahlkampfes und nach den Wahlen schaltete sich die Regierung direkt in die *Hetzkampagne gegen die unter der Landbevölkerung tätigen Priester* ein, indem sie die Ausweisung von fünf ausländischen Geistlichen verfügte (Mario Bernal, Kolumbien; Bernard A. Survil, USA; Lawrence McCulloch, USA; Willbrod Denaux, Belgien; Juan José Ramirez Montoya, Spanien) und zwei belgischen Priestern die Wiedereinreise verweigerte. Am 12. März wurde der Pfarrer von Aguilares, der 49jährige Jesuit *Rutilio Grande*, auf dem Weg in seine Heimatpfarrei von Unbekannten aus dem Hinterhalt erschossen. Ein Bauer und ein 14jähriger Junge in seiner Begleitung wurden ebenfalls ermordet. Der unter den Campesinos der Region äußerst beliebte Jesuit hatte wenige Tage vor seinem Tod von den staatlichen Behörden die Mitteilung erhalten, er und seine drei Mitbrüder, die mit ihm in der Pfarrei arbeiteten, würden möglicherweise des Landes verwiesen, da sie kommunistischer Umtriebe verdächtig seien. Am 20. Mai wurden die drei inzwischen verhafteten Jesuiten (*José Luis Ortega, Marcelino Pérez* und *Salvador Corranza*) tatsächlich ausgewiesen.

Eine Woche vor dem Mord an Rutilio Grande hatte die Bischofskonferenz von El Salvador eine „*Botschaft zur gegenwärtigen Lage des Landes an das Volk*“ veröffentlicht, „damit unser Schweigen nicht als Desinteresse oder passives, resignierendes Akzeptieren der sich häufenden traurigen Vorfälle interpretiert werden kann“ (DOCLA Nr. 34, Mai/Juni 1977, S. 11). Mit Rücksicht auf die lückenhafte oder entstellende Berichterstattung der nationalen Presse informieren die Bischöfe in einem kurzen Fünf-Punkte-Resümee: „Die Unterdrückung der Landarbeiter und aller, die ihnen im Prozeß der Bewußtseinsbildung beistehen, hat zugenommen. Zugenommen hat auch die Zahl der unter ungenügend geklärten Umständen umgekommenen oder verschwundenen Personen. Die Folter als Methode der Einschüchterung hat ebenfalls zugenommen“ (S. 12). Außerdem erwähnen die Bischöfe die vor allem gegen Jesuiten gerichtete Anzeigenkampagne und die Ausweisung von Priestern „ohne vorherige Absprache“.

Hinter diesen konkreten Vorfällen sieht die Bischofskonferenz „ein viel größeres grundlegendes Übel“: „kollektive Ungerechtigkeit“ und „institutionalisierte Gewalt“. Die aus dem Medellín-Dokument Nr. 2 übernommenen Begriffe sollen die konkrete politische Unterdrückungssituation im eigenen Land kennzeichnen, dessen Kirche „nicht länger wenn nicht mit Worten, so doch mit Taten wie Kain sagen kann: ‚Bin ich denn der Hüter meines Bruders?‘“ Ganz im Sinne der Dokumente von Medellín liest sich auch die Definition des kirchlichen Auftrags angesichts einer ungerechten Weltsituation: Statt sündiger, kainhafter Passivität soll die Kirche nach einer menschlicheren Gesellschaft streben, was für den Christen „eine Annäherung an das Reich Gottes“ darstelle. „Das ist die Hauptsünde, die wir als Hirten anprangern müssen: Man

kann das Volk nicht ignorieren oder mit ihm spielen, auch nicht mit seinen Hoffnungen. Solange nicht mit Entschiedenheit und wirksamen Mitteln versucht wird, das Problem der Güterverteilung, der politischen Mitbestimmung, der Selbstorganisation auf dem Lande wie in den Städten zu lösen, so lange enthält man diesem Volke den Status des Bürgers und des Kindes Gottes vor“ (ebd.).

Die Großgrundbesitzer und das Reich Gottes

Zahlreiche Anzeigen bis dato unbekannter katholischer Organisationen in der nationalen Presse machen deutlich, daß sich die *kleine Oberschicht* nicht nur selbst als rechtgläubige Katholiken versteht, sondern dies gerade den Bischöfen und dem Klerus abspricht. Es erscheint ihr als „neues revolutionäres Credo“, daß Kirche und Gläubige für das Diesseits mitverantwortlich sein sollen. So heißt es in einer Anzeige der „Vereinigung Christkönigsnachfolger“, die am 1.6.1977 in der Tageszeitung „El Mundo“ erschien: „Bei aller theologischen Unwissenheit halten wir das neue Credo für falsch: Christus hat wiederholt gesagt, sein Reich sei nicht von dieser Welt. Also war es auch niemals sein Wille, die Welt zu unterwerfen oder gar hier das Reich Gottes zu errichten. Dieses Reich kündigte Jesus Christus für die geistliche, die himmlische Welt an ... Man sagt neuerdings immer wieder, daß das Reich Gottes in Liebe und Gerechtigkeit schon hier und jetzt in dieser Welt anfangen.“ Über diese „drastischen Neuerungen“ verlangt die Vereinigung Aufklärung und eine Stellungnahme des Papstes. In einer anderen Anzeige beklagt die „Gesellschaft christlicher Frauen“ die gründliche Mißachtung des Privateigentums, wenn etwa das Blatt der Erzdiözese San Salvador „Orientación“ von einer „ungeheuren Ungleichheit des Landbesitzes“ spreche. In dem auch in vielen anderen Anzeigen eigenen rüden Ton heißt es dazu: „Das Land ist nun einmal nicht elastisch, so daß man es dehnen kann, bis jeder Campesino ein gewinnbringendes Stück Grund und Boden hat ... Im Evangelium findet sich an keiner Stelle, daß man den Neid predigen soll oder das Streben nach fremden Gütern, wie es gewisse Soutane tragende Elemente tun ... Die Schafe zum Abgrund führen ist nicht christlich, sondern Teufelswerk.“

Die *Jesuiten* des ebenfalls als marxistisch infiltriert geltenden „Colegio San José“ gaben ihrerseits mit einem Bibelzitat Anlaß zu Mißverständnissen. In einer Verlautbarung „So denkt das Colegio“ sprechen die Jesuiten von einem neuen Pfingsten in El Salvador, von dem erneut gegenwärtigen Wort Gottes, „das die Herzen wie ein Schwert teilen wird und Väter gegen Söhne aufbringt ... Das Wort, das nicht gekommen ist, den Frieden zu bringen, sondern den Krieg“. Auch manche Äußerungen von Laienhelfern und Bauernführern sowie übertriebene Angaben über staatliche Übergriffe lassen explosive Ungeduld und Gereiztheit erkennen, die als deutliche Anzeichen für die Schärfe des Konfliktes verstanden werden müssen.

Anders an die unmittelbar betroffene, ideologiefähigere Basis versuchen die Bischöfe in ihrer Botschaft vom 5. März, *klare Richtlinien für das kirchliche Wirken* aufzuzeigen: „Wohl wissend, daß das Reich Gottes auf Erden immer unvollständig sein wird, muß die Kirche mit allen ihren Kräften daran bauen. Das bedeutet für uns konkret, daß wir ... denjenigen, die in Vergessenheit geraten und an den Rand gedrängt worden sind, die Würde und auch die materiellen Mittel zurückgeben.“ Keiner solle sich wundern, schreibt der Episkopat, wenn die Kirche konkrete Wege zur Verwirklichung der Gerechtigkeit suche: „So konkret die Ungerechtigkeit ist, so konkret muß auch das Streben nach Gerechtigkeit sein“ (S. 13). Die Botschaft der Bischöfe endet mit der Forderung nach sofortiger Beendigung der Gewalttätigkeiten, auch der Folter, nach Sicherheit und Bewegungsfreiheit für alle Bürger und nach Wiederbeachtung aller Menschenrechte.

Trotzdem kam es weiter zu neuen Gewalttätigkeiten. Einen Tag nach dem von linken Terroristen verübten Mord an Außenminister *Borgonovo* erschossen Unbekannte am 11. Mai in der Hauptstadt den Diözesangeistlichen *Alfonso Navarro Oviedo* und einen im Pfarrhaus anwesenden Jugendlichen. Das Attentat wurde auch von der Kirche als Racheakt einer paramilitärischen Gruppe interpretiert. Am 18./19. Mai kam es in Aguilares, der Pfarrei des im März ermordeten Jesuiten *Rutilio Grande*, zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Campesinos und Militäreinheiten. Mehrere hundert Soldaten rückten mit Panzern gegen rund 60 Campesinos an, die seit vier Wochen in El Paisnal brachliegendes Land besetzt hielten. Sie durchsuchten und verwüsteten die Häuser der 30000 Einwohner zählenden Stadt, vernichteten Dünger und Saatgut und profanierten die Pfarrkirche. Die Angaben über die *Todesopfer* schwankten zwischen 6 und 50 Personen. Ein Zeuge des Überfalls schilderte die Brutalität der Soldaten bei den Razzien und fügte hinzu: „Sie suchten bei uns ver-

geblich nach verdächtigem subversivem Schrifttum. Was wir (über soziale Gerechtigkeit) gelernt haben, tragen wir in uns; das kann uns niemand mehr nehmen“ (NC News Service vom 20. 6. 77).

Jetzt offizielle Gespräche

Eine zweite Erklärung der Bischofskonferenz sowie eine gemeinsame Verlautbarung des neuen Erzbischofs von San Salvador, *Oscar Romero*, und des Klerus der Erzdiözese kündigten entschlossenes Weiterkämpfen für eine gerechte soziale Ordnung an. Die Bischöfe verurteilten in ihrer Erklärung ausdrücklich den Kommunismus wie den zügellosen Kapitalismus, der die Menschen zur Vermehrung des Reichtums einzelner mißbrauche. Daß die Jesuiten am 14. Juni in der Tageszeitung „*Diario de hoy*“ eine umfangreiche Rechtfertigung und Dokumentation ihrer Arbeit in El Salvador veröffentlichen konnten, mag als *erstes Zeichen für ein Einlenken der Regierung* gelten. Zum Vorwurf der Subversion heißt es darin: „In der Situation, in der wir leben, ist das Wort Gottes subversiv: Liebe, Gerechtigkeit und Freiheit unterhöhlen notwendig eine auf Ungerechtigkeit und Unterdrückung gegründete ‚Ordnung‘.“ Das weltweite Echo auf das Ultimatum gegen die 47 im Land tätigen Jesuiten zwang die Regierung praktisch zum Eingreifen, so daß der 21. Juli ohne Zwischenfälle verstrich. Zum gleichen Zeitpunkt wurde eine Kontaktkommission zwischen Kirche und Regierung eingesetzt; letztere verurteilte in einer offiziellen Erklärung „jegliche Gewalt und Terror von links oder rechts“. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sieht es so aus, als sei der Höhepunkt des Kirchenkampfes durch oder mit Billigung der Regierung überschritten. Im politischen Bereich ist noch kein Ende der Repression abzusehen. Fast die gesamte Opposition befindet sich Nachrichten aus den umliegenden Ländern zufolge im Exil. *Gabriele Baums-Burckardt*

Gestalten im Zeitgeschehen

Marxistischer Denker der Hoffnung

Zum Tode von Ernst Bloch

Am 4. August starb in Tübingen der marxistische Philosoph Ernst Bloch. Sein Einfluß war nicht nur in den grauen Zonen zwischen philosophischer Diskussion und politischer Agitation derer spürbar, die sich ihrer und seiner Visionen wegen auf Bloch berufen. Seine Philosophie der Hoffnung hatte wenigstens zeitweise auch entscheidenden Einfluß auf theologische Strömungen beider Konfessionen, auf die Theologie der Hoffnung, die sog. politische Theologie usw. Die Namen Moltmann und Metz stehen dafür.

Posthume Würdigungen haben ihre eigene Problematik; vielfach rufen sie einen Toten noch einmal in die Erinnerung zurück, der sein Lebenswerk, zumal wenn er ein hohes Alter erreichte, schon lange hinter sich hatte und diesen Tod vor dem Sterben schmerzlich erlebte, sie bedeuten dann einen letzten, endgültigen Abschied. Wer sich nicht überlebt hatte, wer zudem den Tod nicht einfach für das Ende hielt und wer vor allem sein ganzes Engagement der Hoffnung auf die Zukunft widmete, wie Ernst Bloch